

Rechtsaußenparteien im Wandel

Zwischen Ideologie, Professionalisierung und Etablierung

Anna-Sophie Heinze und Léonie de Jonge

Rechtsaußenparteien und -akteure setzen die liberale Demokratie weltweit unter erheblichen Druck und haben eine breite wissenschaftliche Debatte ausgelöst. Der Beitrag von Anna-Sophie Heinze und Léonie de Jonge reflektiert kritisch zentrale Befunde dieser Forschung mit Schwerpunkt auf Deutschland und Europa. Zunächst werden konzeptionelle Entwicklungen diskutiert und begründet, warum der Sammelbegriff „Rechtsaußen“ die zugrunde liegenden Phänomene präziser erfasst als der häufig verwendete Populismusbegriff. Anschließend wird gezeigt, dass sich die Ideologie dieser Parteien zunehmend ausdifferenziert hat und längst über das Thema Migration hinausgeht. Auch organisatorisch haben sich Rechtsaußenparteien professionalisiert und ihre Mobilisierungsstrategien online sowie offline deutlich erweitert. Mittlerweile haben sie sich in vielen Parteiensystemen dauerhaft etabliert – mit weitreichenden Konsequenzen für die Forschung sowie für den Umgang von Parteien, Medien und Zivilgesellschaft mit diesen Akteuren.

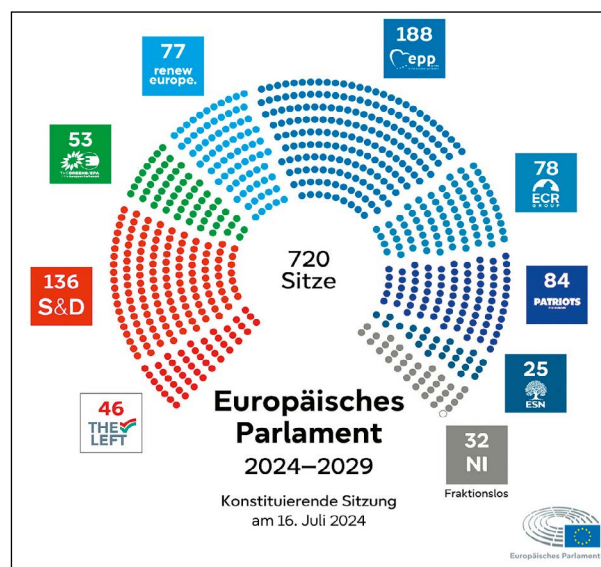
In den letzten zwei Jahrzehnten haben Rechtsaußenparteien weltweit einen enormen Aufschwung erlebt (Mudde 2019). Die Ursachen dieses Erfolgs sind komplex und vielschichtig. In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass sowohl Nachfrage- als auch Angebotsfaktoren eine entscheidende Rolle spielen (Arzheimer 2018). Einerseits muss ein gesellschaftlicher Nährboden vorhanden sein, der entsprechende politische Einstellungen begünstigt, andererseits bedarf es einer überzeugenden Partei, die diese Nachfrage in tatsächliche Wählerstimmen umwandeln kann (de Jonge 2021). In Europa gelingt es Rechtsaußenparteien vor allem, Wähler:innen mit ihren beiden Kernthemen zu mobilisieren: der Ablehnung von Einwanderung und dem Widerstand gegen Multikulturalismus (van Hauwaert/van Kessel 2018). Inzwischen sind die „grauen Flecken“ auf der politischen Landkarte, in denen jene Parteien nicht mindestens parlamentarisch vertreten sind, rar geworden. So konnte sich auch die Alternative für Deutschland (AfD) in den Parteiensystemen auf der Landes- und Bundesebene etablieren und damit etwas erreichen, woran vergleichbare Parteien in Deutschland zuvor stets gescheitert waren.

Da Rechtsaußenparteien die liberale Demokratie vielerorts massiv unter Druck setzen, ist auch die wissenschaftliche Forschung zu ihren Erfolgsbedingungen, Ideologien, Organisationsformen und Einflussmöglichkeiten entsprechend umfangreich (Heinze 2022). Insgesamt erhält die Parteienfamilie mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit als alle anderen zusammen, wobei der Fokus stark auf der elektoralen Ebene (z. B. der Erklärung von Wahlerfolgen oder der Analyse von Wahlprogrammen) sowie auf (west-)europäischen Fällen und Kontexten liegt (Castelli Gattinara 2020). Im Vergleich dazu steckt die Forschung zu metapolitischen und subkulturellen Aspekten (Argentino/Amarasingam 2026) sowie zu internationalen Vergleichsperspektiven auf die globale extreme Rechte noch in den Anfängen (de Jonge u. a. 2025).

Darüber hinaus ist der öffentliche Diskurs – ungeachtet des umfangreichen Forschungsstands und der zunehmenden Wissenschaftskommunikation vieler Kolleg:innen – nach wie vor von einigen falschen Annahmen geprägt. Dazu ge-

hört unter anderem die Nutzung des Begriffs *hard right*, der insbesondere in englischsprachigen Medien immer häufiger auftaucht, jedoch niemals wissenschaftlich diskutiert wurde (Bale 2025). Im deutschsprachigen Raum liegt der Fokus zudem immer noch häufig auf dem Schlagwort „Populismus“, wenngleich dieser nicht den ideologischen Kern jener Parteien beschreibt. Zudem wirkt er oft verharmlosend, indem er den Parteien demokratische Anliegen unterstellt, wo autoritäre und ausgrenzende Tendenzen überwiegen. Ähnlich irreführend ist die Einordnung dieser Parteien als temporäre Nischenphänomene, obwohl sie zunehmend in den politischen Mainstream rücken und ihre Positionen gesellschaftlich normalisiert werden (Heinze/Off 2026).

In diesem Artikel werden zentrale Erkenntnisse zu Rechtsaußenparteien und -akteuren in Deutschland und Europa



Sitzverteilung nach Fraktionen zu Beginn der Legislaturperiode 2024–2029 des Europäischen Parlaments

© Europäisches Parlament, URL: <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/organisation-and-rules/organisation/political-groups>.

diskutiert. Dabei liegt der Fokus auf ihrer zunehmend ausdifferenzierten Ideologie und ihren professionalisierten Organisationsformen sowie Strategien, die auch den Umgang der anderen Parteien, Medien und Zivilgesellschaft erschweren.

Begriffe: Vom „Modewort“ des Populismus zum Sammelbegriff „Rechtsaußen“

Der Begriff des Populismus ist alles andere als neu, sondern wurde unter anderem bereits von Canovan (1981) und Taggart (2000) diskutiert. Mittlerweile lehnen sich die meisten Forscher:innen an die Definition von Mudde (2004) an, der Populismus als „dünne Ideologie“ bezeichnet, die die Gesellschaft in zwei homogene Gruppen einteilt: das „wahre Volk“ (*the people*) und die „korrupte Elite“. Dabei kann Populismus sowohl linke als auch rechte Ausprägungen annehmen: Während Linkspopulismus primär sozioökonomische Ungleichheit und Machtkonzentration kritisiert und sich gegen ökonomische Eliten richtet, fokussiert sich Rechtspopulismus stärker auf kulturelle und identitäre Abgrenzung – insbesondere gegenüber Minderheiten und Migrant:innen – und macht politische Eliten für Einwanderung und gesellschaftlichen Verfall verantwortlich.

In Europa finden sich populistische Positionen und Frames heute vor allem in den Programmen, Reden und Social-Media-Posts von rechtsaußenorientierten Parteien und Akteuren (z. B. in der Mobilisierung gegen „die da oben“). Dennoch treffen sie nicht den ideologischen Kern. So beschrieb bereits Mudde (2004), dass allen voran der Nativismus der zentrale Bestandteil rechtsradikaler Ideologie ist. Dieser beschreibt die Vorstellung, dass Staaten ausschließlich von Mitgliedern der einheimischen Gruppe (der „Nation“) be-

wohnt sein sollten, und dass nichteinheimische Personen und Ideen eine Bedrohung für den homogenen Nationalstaat darstellen. Rechtsradikale Positionen sind damit zwar – anders als rechtsextreme – nicht zwangsläufig antidemokratisch. Sie richten sich jedoch gegen die liberalen Prinzipien der Demokratie, etwa den Minderheitenschutz oder die Verfassungsstaatlichkeit.

Vor diesem Hintergrund fungiert der Populismus häufig als Euphemismus. Auch Hunger und Paxton (2022) kritisieren, dass Populismus oft als *Buzzword* oder Label benutzt und mit anderen (Hoch-)Ideologien vermischt wird, ohne die genauen Interaktionen offenzulegen. Diese konzeptionelle Unschärfe kommt letztlich Rechtsaußenparteien zugute, die ihren Nativismus als Populismus – und somit als etwas Bodenständiges und nah „am Volk“ Befindliches – verkaufen können. Die pauschale Rede vom Populismus riskiert, die antidemokratischen Tendenzen vieler Rechtsaußenparteien zu verharmlosen, weil sie ihnen eine Art demokratische Eigenschaft und Legitimität zuschreibt. Zudem versuchen solche Parteien den Begriff immer häufiger selbst strategisch aufzugreifen und positiv aufzuladen, um ihre Nähe „zum Volk“ zu suggerieren und sich von den etablierten Parteien abzugrenzen.

In den letzten Jahren verwenden daher immer mehr Wissenschaftler:innen den Sammelbegriff „Rechtsaußen“ (*far right*), gelegentlich auch „extreme Rechte“. Der Begriff Rechtsaußen soll verdeutlichen, dass es zunehmend personelle und strategische Überschneidungen zwischen (populistisch) rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien, Bewegungen und Akteuren gibt (Pirro 2023). Die illiberal-demokratischen bis offen antidemokratischen Positionen dieser Akteure sind oftmals schwerer zu fassen als die früherer rechtsextremer Parteien – etwa der Nationaldemokrati-



Gemeinsamer Auftritt europäischer Rechtsaußenparteien im Europawahlkampf 2019: In Mailand sind vorne unter anderem Geert Wilders, Matteo Salvini und Marine Le Pen zu sehen. Jörg Meuthen, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Parteivorsitzender, steht hinter Salvini und Le Pen.

© picture alliance/dpa/MAXPPP | Pierre Teyssot

schen Partei Deutschlands (NPD) oder der griechischen Goldenen Morgenröte, die durch offene neonazistische Ideologie bzw. ihre gewalttätigen Aktivitäten eindeutig antidemokratisch agierten.

Dennoch haben es sich Projekte wie PopuList zum Ziel gesetzt, verschiedene populistische, radikale sowie extreme Parteien im rechten sowie linken Spektrum in Europa empirisch zu messen. Anhand der Daten ist klar erkennbar, dass Rechtsaußenparteien von 1989 bis 2022 stets die am stärksten verbreiteten Phänomene waren (Rooduijn u. a. 2023), was das enorme wissenschaftliche wie auch öffentliche Interesse an diesen zumindest teilweise erklärt.

Aufgefächerte Ideologie: von Immigration bis Insekten

Das politische Spektrum der Rechtsaußenparteien zeichnet sich durch seine Heterogenität aus (Mudde 2019). Dazu gehört Viktor Orbáns Fidesz ebenso wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die niederländische Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders und die AfD. Trotz nationaler Unterschiede teilen all diese Parteien eine ideologische Grundausrichtung, die sich durch Nativismus, Autoritarismus und Populismus auszeichnet (Mudde 2007). Wie bereits skizziert, beschreibt Nativismus eine fremdenfeindliche Form des Nationalismus, die davon ausgeht, dass nur „einheimische“ Einwohner:innen zum Nationalstaat gehören. Rechtsaußenparteien unterstützen demnach die Idee einer „Leitkultur“ und fordern eine Bevorzugung der „einheimischen“ Bevölkerung, die häufig auf der Grundlage ethnischer Merkmale definiert wird.

Neben Nativismus sind Rechtsaußenparteien von einem Autoritarismus gekennzeichnet, der auf der Vorstellung einer streng hierarchischen Gesellschaftsordnung basiert, in der Verstöße gegen „Recht und Ordnung“ hart bestraft werden sollen. Typischerweise vertreten rechtsaußenorientierte Parteien entsprechende Positionen zur Kriminalitätsbekämpfung. In der Praxis übersetzt sich das häufig in Forderungen nach mehr Befugnissen und mehr finanziellen Mitteln für Polizei und Sicherheitsbehörden. Unter dem Stichwort Autoritarismus lassen sich außerdem klassische Positionen zu Ehe und Familie fassen, die auf traditionellen Geschlechterrollen, hierarchischen Sozialstrukturen und einer „konventionellen“ Familienordnung (etwa dem Vater als Alleinverdiener oder der Mutter als Hausfrau) beruhen.

Ein drittes ideologisches Merkmal, das insbesondere bei radikal rechten Parteien omnipräsent ist, ist Populismus. Dieser teilt die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen: das „einfache Volk“ und die „korrupte Elite“ (Mudde 2004). Politik wird dabei als unmittelbarer Ausdruck des vermeintlichen Volkswillens verstanden. Theoretisch lässt sich damit klar zwischen (populistisch) rechtsradikalen (illiberalen) und rechtsextremen (offen antidemokratischen) Parteien unterscheiden – in der politischen Praxis verschwimmen diese Grenzen jedoch zunehmend (Pirro 2023).

Thematisch finden Rechtsaußenparteien (zumindest in Europa) ihren wichtigsten gemeinsamen Nenner in der Ablehnung von Migration (vgl. hierzu auch den Beitrag von Maik Herold in dieser Ausgabe). Dennoch gibt es selbst hier eine bemerkenswerte Variation: Während sich die Rhetorik der Rechtsaußenparteien in zahlreichen westeuropäischen Ländern primär gegen den Islam richtet, treten in Mittel- und Osteuropa romafeindliche Einstellungen stärker in den Vordergrund (Minkenberg 2017). Hinzu kommt häufig eine

EU-Skepsis, teils bis zur offenen Ablehnung europäischer Institutionen. Ein bemerkenswerter Trend in diesem Politikbereich ist die Radikalisierung der etablierten Parteien. Insbesondere Mitte-rechts-, zunehmend aber auch Mittel-links-Parteien übernehmen migrationskritische und EU-skeptische Elemente radikal rechter Rhetorik, um – so die strategische Hoffnung – abgewanderte Wähler:innen „zurückzugewinnen“. Etwa unterstützten die dänischen Sozialdemokraten eine restriktive Einwanderungspolitik, die traditionell mit Rechtsaußen assoziiert wurde. In vielen Ländern versuchen vor allem Mitte-rechts-Parteien, dem Aufstieg radikaler und extremer Rechter entgegenzuwirken, indem sie deren Positionen aufgreifen oder gar weitgehend übernehmen. Dieser Prozess macht die Grenze zwischen der rechten Mitte und dem rechten Rand zunehmend durchlässig.

Ein vergleichsweise neues Kernthema ist die Ablehnung von Genderpolitik (vgl. hierzu auch den Beitrag von Julia Roth in dieser Ausgabe). In nahezu allen EU-Mitgliedstaaten vertreten Rechtsaußenparteien zunehmend „Anti-Gender“-Positionen (Heinemann/Stern 2022). Von Schweden bis Griechenland und von Irland bis Bulgarien wenden sie sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter, gegen Frauenrechte und gegen die Rechte von Transmenschen sowie Homosexuellen (Volk 2025). Dabei propagieren sie häufig traditionelle Rollenbilder von Männlichkeit und Weiblichkeit. Gleichzeitig kann diese Anti-Gender-Politik auch Gegenmobilisierung erzeugen: So war 2023 in Polen beobachtbar, dass die restriktive Abtreibungspolitik der Regierungspartei PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, dt. Recht und Gerechtigkeit) insbesondere junge Wähler:innen politisierte und mitentscheidend für die Wahlniederlage der Partei war.

Neben Genderfragen besetzen Rechtsaußenparteien zunehmend das Feld der Klimapolitik, meist in Form von Klimaskepsis oder -leugnung (vgl. hierzu auch den Beitrag von Tobias Haas und Franziska Mey in dieser Ausgabe). In mehreren westeuropäischen Ländern ist die Leugnung des menschengemachten Klimawandels unter Rechtsaußenparteien weit verbreitet, teilweise begleitet von rhetorischem Naturschutz auf lokaler Ebene. Innerhalb Europas bestehen jedoch auch hier wesentliche Unterschiede: Während das Thema in Mittel- und Osteuropa häufig eine geringere Rolle spielt – etwa orientieren sich in Ungarn einige Rechtsaußenakteure am wissenschaftlichen Konsens (Huber u. a. 2021) –, wird der Klimawandel beispielsweise in Bulgarien politisch kaum thematisiert.

Die Unterschiede zwischen den Rechtsaußenparteien in Europa erschweren ihre internationale Zusammenarbeit erheblich. Trotz zahlreicher Initiativen ist es ihnen bislang nicht gelungen, eine stabile und kohärente Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden (McDonnell/Werner 2019). Ein zentraler Streitpunkt innerhalb der europäischen extremen Rechten betrifft derzeit die Haltung gegenüber Russland. Diese Spannungen wurden im April 2023 deutlich, als Abgeordnete der Partei „Die Finnen“ (*Perussuomalaiset*, PS) von der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) zur „Europäischen Konservativen und Reformer“ (ECR) wechselten. Ausschlaggebend war die klarere pro-NATO- und anti-russische Positionierung der ECR. Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte die PS noch eine eher russlandfreundliche Haltung vertreten, von der sie sich jedoch mit Beginn des Krieges distanzierte.

Die Spaltung der Rechtsaußenparteien in ihrer Haltung zu Russland reicht über das Europäische Parlament hinaus. Auch in mehreren EU-Mitgliedstaaten zeigen sich inner-



Thierry Baudet, Vorsitzender der niederländischen Partei Forum voor Democratie, bei einer Protestaktion gegen Corona-Maßnahmen im Mai 2021 in Den Haag. Die FvD hatte die staatlichen Beschränkungen scharf kritisiert und dabei auch stark zugespitzte verschwörungsideologische Narrative, etwa zur „Great Reset“-Agenda, aufgegriffen. © picture alliance / Dutch Photo Press | Patrick van Katwijk

und interparteiliche Uneinigkeiten innerhalb dieser politischen Familie. In den Niederlanden etwa betrachtet die PVV Russland zwar als Aggressor, zögert jedoch, militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine zu leisten. Dagegen stellt *Forum voor Democratie* (FvD) die Mitgliedschaft in der NATO offen infrage und fordert die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland. Diese divergierenden Positionen verdeutlichen, dass der Umgang mit Russland und geopolitische Fragen insgesamt zu den zentralen Bruchlinien innerhalb des europäischen Rechtsaußenlagers zählen.

Die moderne Rechtsaußenpolitik zeichnet sich demnach durch eine erhebliche ideologische und thematische Heterogenität aus. Rechtsaußenparteien sind längst keine Ein-Themen-Parteien mehr. Zwar standen in ihren Anfangsjahren insbesondere Migration, innere Sicherheit und Euroskepsis im Vordergrund – und diese Themen bleiben zentrale Bestandteile ihrer Programme. Jedoch hat sich das inhaltliche Spektrum deutlich erweitert. Neuere Schwerpunkte umfassen unter anderem Genderfragen, Klimapolitik, Bildung, Energie, Landwirtschaft und auch Verschwörungstheorien rund um Gesundheit oder Ernährung – etwa zur Rolle von Insekten in Lebensmitteln (de Jonge 2024). Dieses breite Themenspektrum zeigt: Rechtsaußenparteien reagieren flexibel auf gesellschaftliche Diskurse und interpretieren aktuelle Entwicklungen durch ihre ideologische Brille. Gerade diese Fähigkeit zur inhaltlichen Ausweitung und Umdeutung macht sie zu anpassungsfähigen und damit langfristig wirksamen Akteuren im politischen System.

Organisatorische Professionalisierung und Bewegungsorientierung

Auch organisatorisch haben sich Rechtsaußenparteien über die letzten Jahrzehnte hinweg immer weiter ausdifferen-

ziert und professionalisiert, selbst wenn sie organisatorisch sehr unterschiedliche Ursprünge haben. So waren einige Parteien – etwa der frühere Front National oder die ehemalige Lega Nord – Neugründungen bzw. Abspaltungen von Rechtsaußenparteien, während sich andere – beispielsweise die FPÖ oder die Schweizerische Volkspartei (SVP) – von eher „konventionellen“ Parteien zu rechtsradikalen Parteien entwickelten (Heinisch/Mazzoleni 2016). Dies beeinflusste nicht nur ihr Image, sondern auch die Frage, wie gut strukturiert die Parteien in Wahlkämpfe starten konnten. Zudem gehörte ein „charismatischer“ Führer (z. B. Jean-Marie Le Pen oder Jörg Haider) lange Zeit zum organisatorischen „Standardmodell“ stark zentralisierter Rechtsaußenparteien (Betz 1998). Neuere Parteien, wie die AfD, weichen jedoch deutlich von diesem ab (Heinze/Weiskircher 2021).

Mit der Zeit haben sich die verschiedenen Parteien immer stärker institutionalisiert und sich zu Massenparteien mit großen Mitgliedschaften, starken lokalen Verankerungen und „kollektiven Identitäten“ entwickelt (van Kessel/Albertazzi 2021: 365). Dies trifft zwar nicht auf alle Parteien zu – ein klassisches Gegenbeispiel ist die niederländische PVV mit nur einem Mitglied (Geert Wilders), was die Bedeutung politisch-institutioneller Kontextbedingungen betont.¹ So wäre eine Partei wie die PVV mit dem deutschen Parteiengesetz unvereinbar.

Selbst innerhalb eines Landes können Rechtsaußenparteien eine hohe organisatorische Vielfalt aufweisen. So hat die niederländische Partei FvD institutionell von früheren Rechtsaußenparteien gelernt und unter anderem eine große Mitgliedschaft aufgebaut, um finanzielle Beschränkungen zu vermeiden (de Jonge/Voerman 2025). Zudem hat die Partei eine aktive Jugendorganisation aufgebaut und somit schon früh daran gearbeitet, junge Wähler:innen fest an sich zu binden (de Jonge 2021). Die Vorteile einer starken Ju-

gendorganisation – die unter anderem zukünftiges Personal für ihre Partei rekrutieren und als Sprachrohr jugendspezifischer Themen agieren kann – hat auch die AfD früh verstanden und die Junge Alternative (JA) etwa zwei Jahre nach ihrer Gründung als ihre offizielle Jugendorganisation anerkannt (Heinze 2025). Auch wenn sich die JA im März 2025 aus strategischen Gründen aufgelöst hat, bleibt das Verhältnis zwischen ihren zentralen Aktivist:innen und der Partei eng. Von der neuen Jugendorganisation der AfD ist zu erwarten, dass sie organisatorisch enger an die Partei gebunden sein, aber ihre inhaltlichen Positionen kaum mäßigen wird.

Neben ihrer formalen Organisation professionalisieren Rechtsaußenparteien auch ihre Mobilisierungsstrategien immer mehr. Dazu gehört ihre gezielte Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Protestakteuren. Da nichtelektronale Aktivitäten für Rechtsaußenorganisationen – auch im Hinblick auf den von ihnen anvisierten umfassenden gesellschaftlichen und politischen Wandel – eine immer wichtigere Rolle spielen, werden diese kollektiven Akteure teilweise auch als „Bewegungsparteien“ bezeichnet (Castelli Gattinara/Pirro 2024). In diesem Kontext mobilisieren Rechtsaußenparteien auch zunehmend online und bauen ihre eigenen „alternativen“ Medien auf, etwa PI-News (*Politically Incorrect News*) in Deutschland. Diese helfen ihnen, ihre eigenen Narrative – unabhängig von den etablierten Medien – zu streuen, (Online-)Kampagnen, Petitionen sowie Straßenproteste zu unterstützen und eine loyale Unterstützerschaft aufzubauen (Rone 2022).

Schließlich unterscheiden sich viele heutige Rechtsaußenakteure auch in ihrer Selbstdarstellung deutlich von ihren Vorgänger:innen. Während manche Rechtsaußenparteien auf bewusste Radikalisierung setzen, um die Grenzen des

Sagbaren aktiv zu verschieben – etwa die AfD im Themenfeld Migration –, bemühen sich andere um ein moderateres, gesellschaftlich anschlussfähigeres Image. Indem sie sich verstärkt als „bürgerliche“ Kräfte inszenieren und sich – zumindest strategisch – von offen rechtsextremen Positionen abgrenzen, verfolgen sie das Ziel, ihre politische Akzeptanz zu erhöhen. Eine solche Entdämonisierungsstrategie (*dédiabolisation*) war beispielweise in der Abgrenzung Marine Le Pens von ihrem Vater (dem Gründer der Partei) beobachtbar oder in der Abkehr der Schwedendemokraten von früherer neofaschistischer Symbolik sowie der Durchführung diverser Parteiausschlussverfahren. Ähnliches ließ sich auch in den Niederlanden im Vorfeld der Wahlen 2023 beobachten, als sich Geert Wilders betont gemäßigt präsentierte und ankündigte, seine islamkritischen Positionen „in den Kühlschrank“ zu legen – was ihm den Spitznamen „Geert Milders“ einbrachte. Strategisch zielte dieses Auftreten darauf ab, Regierungsfähigkeit zu demonstrieren und breitere Wählerschichten anzusprechen. Gleichzeitig vertreten diese Parteien weiterhin Rechtsaußenpositionen, die durch eine diskursive Verschiebung zunehmend in den öffentlichen Mainstream gelangen sollen. Ob diese Strategien aufgehen, hängt maßgeblich vom Verhalten der anderen Parteien, der Medien und der Zivilgesellschaft ab.

Ausblick: Here to stay

Rechtsaußenparteien in Europa befinden sich längst nicht mehr im Aufstieg – sie sind angekommen. Als fester Bestandteil vieler nationaler Parteiensysteme, teils sogar in Regierungsverantwortung, prägen sie politische Debatten, setzen Themen und verschieben kontinuierlich die Grenzen des Sagbaren. Ihre Etablierung markiert eine neue Phase, die Cas Mudde (2019) als „vierte Welle“ der extremen



Tino Chrupalla (AfD) gibt vor einer Bundestagssitzung ein Statement ab, das zeitgleich in verschiedene Social-Media-Kanäle ausgespielt wird. Rechtsaußenparteien setzen zunehmend auf digitale Mobilisierung und bauen eigene „alternative“ Medienangebote auf, um ihre Narrative unabhängig von etablierten Medien zu verbreiten.

© picture alliance / dts-Agentur

Rechten beschreibt: weniger Protestbewegung, mehr strategisch agierende Machtakteure.

Diese Entwicklung fordert auch die Forschung zu einem paradigmatischen Umdenken heraus. Während die erste Welle wissenschaftlicher Auseinandersetzung die historischen Kontinuitäten faschistischer Bewegungen untersuchte, die zweite die sozioökonomischen Ursachen (populistisch) radikal rechter Parteien in den Blick nahm und die dritte den Fokus auf Parteistrategien, Organisationen und Effekte richtete, deutet sich nun eine vierte Phase an. Diese begreift (populistische) Rechtsaußenparteien nicht mehr primär als Herausforderer, sondern als institutionalisierte, funktional gleichwertige Akteure innerhalb des Parteiensystems.

Klar ist: Die extreme Rechte ist gekommen, um zu bleiben – und sie verändert die Spielregeln der Demokratie nachhaltig. Damit stellt sich nicht mehr nur die Frage nach dem „Ob“, sondern nach dem „Wie“ des gesellschaftlichen Umgangs mit ihr. Die Verantwortung dafür liegt nicht allein bei den etablierten Parteien, sondern ebenso bei Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der Umgang mit Rechtsaußenparteien und -bewegungen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der klare inhaltliche Abgrenzung, demokratische Gegenmobilisierung und eine offensive Auseinandersetzung mit den Ursachen ihrer Popularität unabdingbar sind.

LITERATUR

- Argentino, Marc-André/Amarasingam, Amarnath (2026): *Far-Right Culture: The Art, Music, and Everyday Practices of Violent Extremism*. London.
- Arzheimer, Kai (2018): *Explaining Electoral Support for the Radical Right*. In: Jens Rydgren (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Radical Right*. Oxford, S. 143–165.
- Bale, Tim (2025): *Why We Need to Halt 'Hard Right' in its Tracks*. In: *ECPR The Loop*, 10.07.2025. URL: <https://theloop.ecpr.eu/why-we-need-to-halt-hard-right-in-its-tracks/> [15.12.2025].
- Betz, Hans-Georg (1998): *Introduction*. In: Ders./Stefan Immerfall (Hrsg.): *The New Politics of the Right: Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. New York, S. 1–10.
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*. New York.
- Castelli Gattinara, Pietro (2020): *The Study of the Far Right and its Three E's: Why Scholarship Must Go beyond Eurocentrism, Electoralism and Externalism*. In: *French Politics* 18, Heft 3/2020, S. 314–333. DOI: <https://doi.org/10.1057/s41253-020-00124-8>.
- Castelli Gattinara, Pietro/Pirro, Andrea L. P. (2024): *Movement Parties of the Far Right: Understanding Nativist Mobilization*. Oxford.
- de Jonge, Léonie (2021): *Is the (Mass) Party Really Over? The Case of the Dutch Forum for Democracy*. In: *Politics and Governance* 9, Heft 4/2021, S. 286–295. DOI: <https://doi.org/10.17645/pag.v9i4.4525>.
- de Jonge, Léonie (2024): *Von Immigration bis Insekten: Rechtsextreme Akteur*innen und Ideologien im Wandel*. Studium Generale Ringvorlesung: *Rechtsextremismus – Erforschen und Entgegentreten*, Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex), 06.11.2024. URL: https://timms.uni-tuebingen.de/tp/UT_20241106_001_rvrechtsext_0001 [15.12.2025].
- de Jonge, Léonie/Georgiadou, Vasiliki/Halikiopoulou, Daphne/Rovira Kaltwasser, Cristóbal/Tanscheit, Talita (2025): *Is the Far Right a Global Phenomenon? Comparing Europe and Latin America: A Scholarly Exchange*. In: *Nations and Nationalism* 31, Heft 1/2025, S. 7–24. DOI: <https://doi.org/10.1111/nana.13074>.
- de Jonge, Léonie/Voerman, Gerrit (2025): *Fortuyn versus Wilders versus Baudet: The Evolution of Populist Radical Right Party Organization in the Netherlands*. In: *European Political Science Review* 17, Heft 4/2025. DOI: <https://doi.org/10.1017/S1755773925000049>.
- Heinemann, Isabel/Stern, Alexandra Minna (2022): *Gender and Far-right Nationalism: Historical and International Dimensions*. In: *Journal of Modern European History* 20, Heft 3/2022, S. 311–321.
- Heinisch, Reinhard/Mazzoleni, Oscar (2016): *Understanding Populist Party Organisation. The Radical Right in Western Europe*. London.
- Heinze, Anna-Sophie (2022): *Zwischen Etablierung und Mainstreaming: Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus*. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16, Heft 1/2022, S. 161–175. DOI: <https://doi.org/10.1007/s12286-022-00517-9>.
- Heinze, Anna-Sophie (2025): *Drivers of Radicalisation? The Development and Role of the Far-Right Youth Organisation 'Young Alternative' in Germany*. In: *International Political Science Review* 46, Heft 1/2025, S. 108–124. DOI: <https://doi.org/10.1177/01925121231221961>.
- Heinze, Anna-Sophie/Off, Gefjon (2026): *Mainstreaming vs. Normalisation: Towards More Conceptual Clarity on how Mainstream Parties Legitimise the Far Right*. In: *European Journal of Political Research*, Online First. DOI: <https://doi.org/10.1017/S1475676526100887>.
- Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès (2021): *No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and "Movement-Party" Strategy*. In: *Politics and Governance* 9, Heft 4/2021, S. 263–274. DOI: <https://doi.org/10.17645/pag.v9i4.4530>.
- Huber, Robert A./Maltby, Tomas/Szulecki, Kacper/Četković, Stefan (2021): *Is Populism a Challenge to European Energy and Climate Policy? Empirical Evidence across Varieties of*

KURZVITA

Anna-Sophie Heinze

ist Akademische Rätin der Politikwissenschaft an der Universität Trier. Ihre Forschung fokussiert sich auf Demokratie, Parteien, radikale und extreme Rechte.

Léonie de Jonge

ist Professorin für Rechtsextremismusforschung mit dem Schwerpunkt „Politische Akteure und Ideologien“ am Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

ANMERKUNGEN

- 1 Die PVV von Geert Wilders ist eine „mitgliedslose Partei“ und stellt damit einen organisatorischen Sonderfall dar. Im Gegensatz zu ihrer zerstrittenen Vorgänger-Rechtsaußenpartei, der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), sichert sich die PVV durch ihre besondere Organisationsstruktur eine praktisch unanfechtbare Führungsposition von Geert Wilders. Er hält die Kandidat:innen für die Parlamentsfraktion persönlich aus und bereitet sie gezielt auf ihre Aufgaben vor, was seine Kontrolle über die Partei festigt (de Jonge/Voerman 2025).

Populism. In: *Journal of European Public Policy* 28, Heft 7/2021, S. 998–1017. DOI: <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1918214>.

- Hunger, Sophia/Paxton, Fred (2022): What's in a Buzzword? A Systematic Review of the State of Populism Research in Political Science. In: *Political Science Research and Methods* 10, Heft 3/2022, S. 617–633. DOI: <https://doi.org/10.1017/psrm.2021.44>.
- McDonnell, Duncan/Werner, Annika (2019): *International Populism: The Radical Right in the European Parliament*. London.
- Minkenberg, Michael (2017): *The Radical Right in Eastern Europe Democracy under Siege?* London
- Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39, Heft 4/2004, S. 541–563. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge.
- Pirro, Andrea L. P. (2023): *Far Right: The Significance of an Umbrella Concept*. In: *Nations and Nationalism* 29, Heft 1/2023, S. 101–112. DOI: <https://doi.org/10.1111/nana.12860>.
- Rone, Julia (2022): *Far Right Alternative News Media as 'Indignation Mobilization Mechanisms': How the Far Right Opposed the Global Compact for Migration*. In: *Information, Communication & Society* 25, Heft 9/2022, S. 1333–1350. DOI: <https://doi.org/10.1080/1369118X.2020.1864001>.
- Rooduijn, Matthijs/Pirro, Andrea L. P./Halikiopoulou, Daphne/Froio, Caterina/van Kessel, Stijn/de Lange, Sarah L. /Mudde, Cas/Taggart, Paul (2023): *The PopuList 3.0: An Overview of Populist, Far-left and Far-right Parties in Europe*. DOI: <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/2EWKQ>.
- Taggart, Paul (2000): *Populism*. Buckingham.
- van Hauwaert, Steven/van Kessel, Stijn (2018): *Beyond Protest and Discontent: A Cross-National Analysis of the Effect of Populist Attitudes and Issue Positions on Populist Party Support*. In: *European Journal of Political Research* 57, Heft 1/2018, S. 68–92.
- van Kessel, Stijn/Albertazzi, Daniele (2021): *Right-Wing Populist Party Organisation Across Europe: The Survival of the Mass-Party? Conclusion to the Thematic Issue*. In: *Politics and Governance* 9, Heft 4/2021, S. 365–370. DOI: <https://doi.org/10.17645/pag.v9i4.5003>.
- Volk, Sabine (2025): *Rallying 'round the Drag: Anti-Gender Mobilization and the Mainstreaming of the Far Right*. In: *European Societies* 27, Heft 1/2025, S. 59–82. DOI: https://doi.org/10.1162/euso_a_00009.

Didaktische Reihe

In der Didaktischen Reihe werden die Beiträge und Diskussionen der traditionsreichen Tagungsreihe „Beutelsbacher Gespräche“ dokumentiert. Die Themen der einzelnen Bände spiegeln aktuelle fachdidaktische Entwicklungen und Kontroversen wider. Sie sind eine wichtige Informationsquelle zum aktuellen Stand der Politikdidaktik sowie zu den Diskussionen und Herausforderungen in der politischen Bildung.

6 bzw. 8 EUR zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/shop